

Organisierung der Produktion nutzbar zu machen. Die Situation auf diesem Gebiete ist noch unbefriedigend. Die bestehenden Pläne der Standardisierung berücksichtigen nur ungenügend die volkswirtschaftlichen Schwerpunkte, und die gestellten Planaufgaben werden nicht erfüllt — im vorigen Jahr waren es nur

37,5 Prozent. Ein weiterer schwerwiegender Mangel besteht darin, daß die ausgearbeiteten Entwürfe für die staatlichen Standards nicht schnell verbindlich erklärt werden. Gegenwärtig sind 309 Standards und 1700 DIN-Normen auf dem Gebiet der Deutschen Demokratischen Republik verbindlich. Bekannte Erzeugnisse volkseigener Betriebe haben nur einen Durchschnittsanteil von Normteilen von ungefähr 20 Prozent. In der Sowjetunion dagegen schwankt der Anteil der Normteile an den Fertigerzeugnissen zwischen 50 und 80 Prozent. Dieses Verhältnis zeigt, wie unbefriedigend bei uns der Zustand ist. Außerdem muß man berücksichtigen, daß von den 1700 DIN-Normen eine große Zahl nicht mehr den ökonomischen Anforderungen entsprechen.

Nur in einigen Hauptverwaltungen der Ministerien wurden bisher Normen für ihre gesamten Bereiche ausgearbeitet. Auch in den Betrieben sind nur in den wenigsten Fällen technische Normen vorhanden, die den Anforderungen gerecht werden.

Durch die Verordnung der Regierung vom 30. September 1954 über die Durchführung der Standardisierungsarbeiten wurde das Amt für Standardisierung gebildet. Die Arbeit des Amtes veränderte die Situation jedoch noch nicht.

Das Amt für Standardisierung hat eine verhältnismäßig starke Parteiorganisation. Sie beschloß in Auswertung der 23. Tagung des Zentralkomitees, der Leitung des Amtes zu empfehlen, daß jeder Ingenieur bis zum Jahresende 1955 20 Standards verbindlichkeitsreif ausarbeitet. Dieser Beschluß ist deshalb besonders wichtig, weil im Amt über 1000 Entwürfe für staatliche Standards liegen, die überprüft und verbindlich erklärt werden müssen. Aus diesem Grund sollten besonders in den Fachabteilungen des Amtes die Parteigruppen, die bisher nur sehr wenig in Erscheinung traten, sich dafür einsetzen, daß das Ziel bald erreicht wird.

Ein großer Mangel in der Arbeit der Parteiorganisation des Amtes für Standardisierung bestand bisher auch darin, daß die Beschlüsse des Zentralkomitees nicht genügend ausgewertet wurden. In den Parteiversammlungen wurden sie nicht gründlich erläutert, und deshalb gab es auch noch keine Auseinandersetzungen. Daß solche jedoch notwendig sind, beweist folgendes Beispiel:

Die Ministerien und deren Hauptverwaltungen sowie die mit der Ausarbeitung von Entwürfen für staatliche Standards beauftragten Betriebe und Fachleute warten seit längerer Zeit auf die Methodik zur Durchführung der Standardisierungsarbeiten. Darin sollte geklärt werden, welche Anforderungen an ein Standard gestellt werden, wie die Ausarbeitung von Standards erfolgen soll, wer an der Ausarbeitung zu beteiligen ist und noch einige andere Fragen. Vom Amt für Standardisierung wurde jedoch diese Arbeitsmethodik noch nicht fertiggestellt. Das ist allen Mitgliedern der Parteiorganisation bekannt. Es wurde ruhig hingenommen, eine Auseinandersetzung darüber erfolgte noch nicht. Die Hauptursache dafür ist, nicht alle Mitglieder der Parteiorganisation betrachten die Kritik, die auf der 23. Tagung des Zentralkomitees ausgesprochen wurde —, sie erfolgte auf Grund des unbefriedigenden Zustandes auf dem Gebiete der Standardisierung und der technischen Normung — als eine Kritik an ihrer eigenen Arbeit. Erst dann, wenn die gesamte Parteiorganisation ihre Arbeit auf der Grundlage der Auswertung der Beschlüsse des Zentralkomitees verbessert,